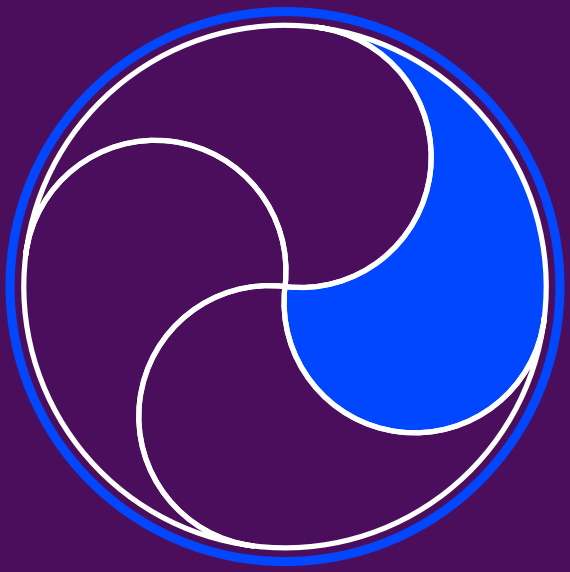


Die Logik des europäischen Traums

Eine systemtheoretische Vision

Johannes Heinrichs



Autor
Johannes Heinrichs
https://johannesheinrichs.de

Verlag
Reflexivity Press
São Martinho do Porto
Edition Johannes Heinrichs

Buch online:
https://reflexivitypress.com/de/buecher/heinrichs-europabuch
Rückmeldungen: feedback+jh.de.europabuch@reflexivitypress.com
Zum Cover: https://reflexivitypress.com/de/ueber-uns/bildsprache/

Erstausgabe
Academia Verlag, Sankt Augustin 2014

Veröffentlichung
Gesammelte Werke, Band 31
2025
Seitengleiche Neuausgabe: Die Buchseiten sind unverändert aus der Vorlage übernommen, Titelei neu gesetzt.

© Copyright 2026 by Reflexivity Press, São Martinho do Porto.
Alle Rechte vorbehalten.



Über den Autor

Johannes Heinrichs wurde 1942 in Rheinhausen (heute Duisburg) geboren. Als Jesuit studierte er Philosophie in Pullach und München. 1972 wurde er in Bonn mit *Die Logik der Phänomenologie des Geistes* promoviert, 1975 habilitierte er sich in Frankfurt.

Im März 1975 fand er in Paris die vier Stufen der Reflexion, die sein ganzes Werk tragen. In über vierzig Büchern hat er daraus eine Theorie der Handlung, eine fünfbändige Sprachphilosophie, eine Reflexions-Systemtheorie der Gesellschaft, den Vorschlag einer Demokratie mit vier Teilparlamenten und zuletzt eine Philosophie der Natur entwickelt.

1977 verließ er den Orden, weil er die Amtskirche grundsätzlich kritisierte, und verzichtete damit auf seinen Lehrstuhl. Von 1998 bis 2002 war er Gastprofessor für Sozialökologie an der Humboldt-Universität Berlin. Seitdem konzentriert er sich auf das Schreiben.

Er lebt in Duisburg und Berlin. Seine Aufsätze stehen überwiegend frei auf johannesheinrichs.de.

Inhaltsverzeichnis

Anstelle eines Vorworts 7

Teil I: Eine systemische Gesamtsicht

Die aktuelle Fragestellung 11
Die Finanzkrise als Gläubiger-Krise 12
Das europäische und das nationale Demokratieproblem 14
Ein Stückchen Systemtheorie 15
Ein nach Systemebenen gegliedertes Europa..... 17
Wirtschaftsgemeinschaft Europa 19
Europa als rechtlich-politische Gemeinschaft 23
Das kulturelle Europa als Einheit in der Vielfalt 25
Europa als Grundwertegemeinschaft 28
Das Ideal und die unaufgeklärte Wirklichkeit 32

Teil II: Hauptprobleme der Subsysteme

Kapitel 1: Wirtschaftsgemeinschaft und Solidarität
Die sozialethischen Prinzipien 37
Gemeinsame Haftung oder gemeinsame Wirtschaftspolitik? 39
W. Hankel: „Das ist die Lösung der Eurokrise“ 42
Wirtschaftsdemokratie Europa 48
Ein Europa der wirtschaftlichen Regionen 55
Das gegenwärtige Europa der Abschottung..... 62
Wahlen in einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 64

Kapitel 2: Die Kulturgemeinschaft Europa
Strukturelle und umfangsmäßige Vierstufung 69
Politik im Dienste der kulturellen Gemeinschaftlichkeit 71
Europas Nationen als wichtigste kulturelle Einheiten 75
„Gastfreundschaft der Kulturen“ versus Multikulturalismus 80

Selbstbestimmungsrecht der Völker gegenüber den Staaten . 87
Politische Nationen mit unterschiedlichen Sprachgebieten ... 91
Sprachgebiete mit mehrfacher staatlicher Organisation 96
Die kulturelle Dichte der Nationen Europas 105
Das europäische Sprachenproblem 112

Kapitel 3: Eine Wertegemeinschaft mit Ausstrahlung
Weltanschauung/Religion im Unterschied zu Kultur 118
Kultur und Religion in der pluralistischen Gesellschaft 122
Das Grundwerteparlament als die zeitgemäße Lösung 125
Genügen individuelle Grundrechte ohne realisierte Grundwerte? 133

Kapitel 4: Rechts- und Verfassungspolitik
Aufgaben des politischen Subsystems 136
Das allgemeine Verfassungsproblem 139
Fehlen demokratischer Gewaltenteilung 143
Potenzierte Gewaltenteilung 147
Das „vierdimensionale“ Haus Europa 150
Gemeinsame Öffentlichkeit durch Systemdifferenzierung 154
Rechtsprinzip, Subsidiarität und Wertstufung 157
Praktische Folgerung für gerechte Stimmengewichtung 161

Teil III: Europas Weltauftrag

Das Strukturprinzip Europas und der Europäische Traum ... 167
„Und was in schwankender Erscheinung schwebt…“ 175
Europäische und globale Demokratie-Architektur 179
Meta-Politik: kulturelle Maßstäbe 183
Meta-Kultur: Weltethos 189
Meta-Religion: Zivilisierung der Religionen..... 192
Schrittmacher einer künftigen demokratischen Weltföderation? 194
Eliten-Diktatur oder Integration-durch-Differenzierung? 198

Namensregister 211
Kleine kommentierte Bibliografie 214

Anstelle eines Vorworts

„Leicht ist es, politische Möglichkeiten zu erdenken, Beobachtungen zu machen, das faktisch Geschehende zu beurteilen. Schwer aber ist es, politisch zu verwirklichen. Der Schriftsteller darf die höchsten Maßstäbe aufstellen und Entwürfe konsequent durchdenken. Der Staatsmann muss in der Realität den Weg gehen und die Mittel ergreifen, die ihm unter der Führung seiner politischen Grundkonzeption möglich und wirksam erscheinen. Vor dem mächtigen Strom der Geschichte steht der denkende Schriftsteller nur wie am Ufer. (…)

Meine Darlegungen können absurd erscheinen. Sie sprechen aus, was bei allen deutschen Politikern, wenigstens in dem, was sie öffentlich sagen, als unmöglich gilt. Die Konzeption dieser Schrift ist in der Tat mit der gegenwärtigen Politik aller Parteien nicht vereinbar. Von ihnen die Umkehr der Grundauffassung zu fordern, erscheint als private Spielerei und als Anmaßung. Eine Rechtfertigung kann nur in der inneren Kohärenz der Gedanken und der Grundsätze liegen, die sich aus der weltpolitischen Situation für den Freiheits- und Friedenswillen ergeben. (…)

Ich sehe einen pseudopolitischen Betrieb, der dem Ernst politischen Willens, wenn dieser nur auftritt, nicht widerstehen könnte.

Wenn ich auch nicht die einzige Wahrheit vertrete, so möchte ich doch, daß das, was ich vorbringe, als ein Ganzes vor Augen stehe, mit gedacht und geprüft werde. Ich habe die Hoffnung, solche Gedanken könnten einmal Realität gewinnen."

Karl Jaspers, *Wohin treibt die Bundesrepublik?*
München 1966, Vorwort.

„Falls Europa erwacht: dann wird die absurde und lustlose Nachahmung der Vereinigten Staaten von Amerika durch die Vereinigten Staaten von Europa des Straßburg-Brüssel-Typs sich in kürzester Zeit erschöpfen. (…) statt dessen würde eine neue Achse Berlin – Brüssel – Paris zu einer Kraftlinie, um die ein großeuropäischer Staatenbund oder ein Bund aus Bünden sich fortschreitend auskristallisiert. (…) Zu dieser Geste wird aber nur ein Kontinent bereit sein, der seiner politischen Einbildungskraft eine institutionenschöpferische Geste von epochaler Natur zutraut (…) Daher haben wir heute Grund zu der Behauptung, dass europäische Visionen-Politik die Politik Europas selbst bedeutet.

Der Name Europas nennt eine Weltgegend, in der auf unverkennbar eigentümliche Weise nach der Wahrheit und nach der Güte des Lebens gefragt worden ist. Auch in modernen Zeiten werden Europäer nie ganz aufhören können zu glauben, dass ein Recht auf Erfolg auf Dauer nur dem Richtigen und Menschenwürdigen zukommt. Nicht zufällig bringen sie in ihren Begriffen von Wissenschaft, Demokratie, Menschenrechten und Kunst etwas von ihrer charakteristischen Wahrheitsidee zum Ausdruck. (…) In dieser Herausforderung, an der sich gute Europäer selber messen, hat die europäische Passion ihren unvordenklichen Brennpunkt.

Mit Recht hat man Europa die Mutter der Revolutionen genannt; eine tiefere Definition würde Europa als den Herd der Revolte gegen das menschliche Elend bezeichnen. Sobald Europa erwacht, kehren Wahrheitsfragen in die große Politik zurück.

Heute schuldet die europäische Intelligenz sich ein Beispiel dafür, dass eine Politik im Großen jenseits des Imperiums und jenseits der imperialistischen Verachtung möglich ist. Die Brüsseler Vorherrschaft über Großeuropa steht vor der Entscheidung, ob sie in einen mehr oder weniger offenen Imperialismus übergehen will (…) oder ob es begreift, dass seine Chance in der Übertragung des Reichs auf ein Nicht-Reich, eine Union politischer Einheiten, liegt.“ Peter Sloterdijk, *Falls Europa erwacht*, Frankfurt/Main 2002, 53-59.

Teil I:
Eine systemische Gesamtsicht

Die Scheinalternative: mehr oder weniger Europa[1]

[1] Dieser Einleitungsteil erschien in einer ersten Fassung zuerst unter dem *Titel Darf's etwas mehr oder weniger Europa sein? Zur Auflösung einer allzu beschränkten Alternative, in:* Zeitgeist-online (15.11.2012).

„Allein in letzten Jahr ist, laut neuesten Umfragen, die Zahl der EU-Befürworter um nicht weniger als 15 Prozent gesunken, von 60 auf 45 Prozent. Hinter allen finanziellen Defiziten verbirgt sich ein mindestens ebenso großes Demokratiedefizit, und auch diese Schulden sind eine tickende Zeitbombe. Doch ich fürchte, die gebräuchlichen demokratischen Mittel reichen dazu nicht aus."

(Geert Mak, Mehr Luft, Raum, Fantasie, in: DIE ZEIT 2/2014, 41)

Die aktuelle Fragestellung

Gleich, ob man die gängigen Zeitungen liest oder deren zusammenfassende Pressestimmen hört, ob man sich auf Bücher wie das 2012 erschienene mit dem schlichten Titel *Für Europa* von Daniel Cohn-Bendit und Guy Verhofstadt einlässt[1], ob man politische Bildungshäuser, und nicht allein die der Grünen besucht, stets schallt einem der Refrain entgegen: Wir brauchen mehr Europa. Die Zeit der Nationalstaaten ist vorbei.

Finanzminister Schäuble will ebenfalls „mehr Europa" in Gestalt eines europäischen Kommissars, der künftig die Haushalte der Mitgliedsländer auf ihre Vereinbarkeit mit dem Lissabon-Vertrag und den letzten Resolutionen mit den rätselhaften, nicht gerade allgemein verständlichen Namen ESF (Europäischer Sozialfonds) und ESMF (Gesetz zur finanziellen Beteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanismus) überwacht.

Stimmt die Richtung? Ist sie gar alternativlos? Oder haben die Euroskeptiker Recht, die in Europa einen bevölkerungs- und

[1] Daniel Cohn-Bendit/Guy Verhofstadt, *Für Europa. Ein Manifest,* München 2012 (Hanser).

demokratiefremden Moloch, eine „EUdSSR“ unter der Fuchtel der internationalen Hochfinanz heranwachsen sehen? Haben ferner diejenigen Recht, die ein „Europa der Regionen“ fordern, seien es die separatistischen Bestrebungen der Schotten, der Katalanen, der Basken, der Flamen, womöglich gar der Bayern, seien es diejenigen, die darüber hinaus eine rigorose Regionalisierung der Nationalstaaten anstreben – im Sinne einer neuen Kleinstaaterei, die in Mitteleuropa noch gar nicht so lange überwunden ist?

Die Finanzkrise als Gläubiger-Krise

Es geht mir in diesem Buch nicht primär um die viel besprochene Finanzkrise. Nur so viel schon zu dieser: Sie ist eine Schuldenkrise, deutlicher gesagt, eine Gläubigerkrise. Denn zu jedem Schuldner gehört ein Gläubiger, der vom Schuldenmachen der anderen profitiert, vermittels des Zinses und Zinseszinses. Dieser Aspekt, dass durch den Zinseszinsmechanismus unvorstellbar große arbeitslose Einkommen alimentiert werden, dass dadurch die soziale Schere auf nationaler wie internationaler Ebene notwendig weiter auseinander geht, dass die Gläubiger-Milliardäre nicht als barmherzige Nothelfer in der Krise, sondern als Hauptprofiteure anzusehen sind, deren Rendite (ein Lohn für das „arbeitende“ Kapital) von den arbeitenden Menschen real erwirtschaftet werden muss, dieser Aspekt wird selten thematisiert, fast nie in seiner ganzen Dramatik in der so genannten bürgerlichen Presse.

Ich bezweifle, dass der Ausdruck „Bankenkrise“, auch wenn er bereits zutreffender ist als „Finanzkrise“, hinreichend diesen Kern der Sache trifft. Denn die Banken sind großenteils selbst nur die Sachwalter der Gläubiger. Es fehlt ein genauer zahlenmäßiger Einblick, wieweit die Guthaben sich aus vielen kleinen Sparern zusammensetzen, wie gern zur Abwiegelung suggeriert wird, oder wie weit sie aus den besagten Riesenvermögen von weltweit viel-

leicht 400 Superreichen bestehen und wieweit aus Einlagen der einfachhin Reichen.[2]

Dass es hier an hinreichender Aufklärung fehlt, hat Methode. Es ist die Methode eines untergründig geführten Interessen-, ja immer noch Klassenkampfes, an dessen Verschleierung die Parteien der „Mitte" sowie die „politische Klasse" offensichtlich ein merkwürdiges Interesse haben. Doch warum liefern auch die Kritiker des Finanzmarktes kaum diesen wichtigen Einblick in das Gläubigerwesen und seine Struktur? Warum werden die unvorstellbar hohen leistungslosen Einkommen einer mächtigen Geldelite, die mit Leistung nichts zu tun haben, von der Weltöffentlichkeit und ihren Führern geduldet?

Die Geldreformer Gesellscher Prägung orientieren sich in ihrer Kritik am Modell des Hortens, des Zurückhaltens von Geld. Das Geld erweise darin seine Überlegenheit über die Waren, dass man es leicht und endlos lange aufbewahren kann, und dies mache diejenigen erpressbar, die mit verderblichen Waren handeln bzw. auf sie sofort angewiesen sind. Dagegen vernachlässigen sie den Gedanken des „arbeitenden" und mitarbeitenden Geldes, der doch heute die herrschende Begründungsideologie für das investierte, also stets optimal in Umlauf gepumpte und gerade nicht zurückgehaltene Kapital ist. Dieses Kapital „arbeitet" gemäß der kapitalistischen Ideologie, und deshalb verdiene es einen Lohn. Der →*Zins*, harmlos als „Preis des Geldes" bei Darlehn definiert, ist aber besonders bei höheren Darlehnsbeträgen, wesentlich Rendite, also Lohn für das „arbeitende" Kapital, nicht etwa bloß eine Gebühr für den „Verzicht" des Milliardärs und Millionärs auf sofortigen Konsum, auf so genannte Liquidität.[3] Dass es au-

[2] Dazu sehr aufschlussreich: Harald Schumann, *Staatsgeheimnis Bankenrettung: http://videos.arte.tv/de/videos/staatsgeheimnis-bankenrettung--7303166.html*.

[3] Vgl. vom Verf., *Sprung aus dem Teufelskreis. Sozialethische Wirtschaftstheorie*, München [2]2005 (Steno), Kap. 13 „Kann Geld doch arbeiten?". – Das Buch stellt eine sympathisierende Auseinandersetzung mit Silvio Gesell und seinen heutigen Nachfolgern dar, die hier nicht wiederholt werden kann. Für weiterführende Literatur zu dieser wichtigen, vielleicht nach einigen

ßer der menschlichen Arbeitskraft und den Rohstoffen (der „Erde“, der Natur) noch einen dritten Produktionsfaktor gebe, der „mitarbeite“, nämlich das Kapital, wie die klassische Ökonomie lehrt, bedarf wohl der gründlichen Revision, will man der Falle des Zinseszinssystems entkommen. Doch diese Gedankenlinie soll in diesem Rahmen, wo es um Europa geht, nicht weiter verfolgt werden.

Das europäische und das nationale Demokratieproblem

Das oben schon gefallene Stichwort „Parteien“ führt auf das europäische Demokratieproblem. Es handelt sich auch und gerade nach dem Lissabon-Vertrag – 2007 unterzeichnet als Ersatz für die Europäische Verfassung und 2009 in Kraft getreten – um ein offensichtliches Problem, weil das europäische Parlament gegenüber der Kommission, dem Europäischen Rat der Regierungschefs sowie dem Ministerrat wenig zu sagen hat, weil Europa also eine höchst indirekte, wenn überhaupt schon eine Demokratie darstellt, nachdem es noch keinerlei *sachbezogene* europäische Wahlen gibt, denen die Wähler wirkliches, womöglich leidenschaftlich engagiertes Interesse abgewinnen könnten. Darin haben die zahlreichen Kritiker des europäischen Parlamentes sicher Recht. In Wahrheit haben die Wähler bei Europawahlen allenfalls Interesse daran, ihre jeweiligen nationalen Parteien zu stärken.

Doch wie steht es innerhalb der nationalen Demokratien um den Sachbezug der Wahlen? Es wird allgemein verdrängt, dass die Wähler, je länger von den ursprünglichen, noch sehr weltanschaulich geprägten Nachkriegsparteiblöcken entfernt, desto mehr stets im Dilemma stecken: Eine Partei ist z. B. in Umweltfragen kompetent, doch nicht gleichermaßen in den Wirtschaftsfragen, in den Sozialfragen, geschweige denn in Einwanderungs-

---

Korrekturen heute vor dem Durchbruch stehenden Strömung sei auf die dortigen Literaturangaben verwiesen. – Alle Literaturangaben ohne Autorennamen stammen vom Verfasser. Die Pfeile machen auf definitionsartig eingeführte Begriffe aufmerksam.

fragen, worin kulturelle Aspekte endlich maßgebend werden müssten, ebenso wie in den Fragen des Bildungs- und Wissenschaftssystems.

Der Wähler kann seine Stimme (in Deutschland) bestenfalls splitten, also auf Erst- und Zweitstimme verteilen. Das ist nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein, was den Sachbezug der Entscheidungen angeht. Auch sogenanntes Kumulieren und Panaschieren sind vergleichsweise verspieltes Kurieren an Symptomen und führen keineswegs aus dem grundsätzlichen Parteiendilemma heraus: Die Parteien sind Machtblöcke geworden, die mit gezielten Sachabstimmungen weniger als je zu tun haben. Sie sind längst nicht mehr Problemlöser, als die sie sich so gern ausgeben, als vielmehr selbst ein Hauptproblem für die Demokratie. Ihr verfassungsmäßiger Auftrag zur Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes (Art. 20,1 GG) verkehrte sich längst in eine Herrschaft über jede solche Willensbildung. Sie haben sich *„den Staat zur Beute gemacht"*, wie der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei seinem Eintritt in den Ruhestand zu sagen wagte. Schwamm drüber?

Mit diesem *Parteienproblem* hängt die weithin erkannte und leider weitgehend akzeptierte Dominanz der Wirtschaft und damit des Geldes in unseren Gemeinwesen zusammen. Ist solche *Wirtschaftsdominanz* – „Geld regiert die Welt" – wirklich naturgegeben und unvermeidlich? Oder etwa skandalös undemokratisch? Denn entweder regieren das Volk und mit ihm hoffentlich zugleich die Grundwerte – *oder* das Geld!

Ein Stückchen Systemtheorie

Ich habe in früheren Büchern[4] und Artikeln unter dem Motto „Eine andere Demokratie ist möglich" einen Demokratieentwurf

[4] Zuletzt: *Revolution der Demokratie. Die Synthese von direkter und parlamentarischer Demokratie*, 2014 (Neuauflage der Ausgabe von 2003). – Meine erste systemtheoretische Abhandlung *Reflexion als soziales System. Zu einer Reflexions-Systemtheorie der Gesellschaft* erschien 1976 (Bonn), überarbeitet als *Logik des Sozialen. Woraus Gesellschaft entsteht*, München

vorgelegt, der auf systemtheoretischer, genauer: reflexions-systemtheoretischer Grundlage beiden genannten Grundproblemen, dem Problem der Parteienherrschaft wie der Dominanz des wirtschaftlichen Subsystems, Rechnung trägt, indem für die vier, reflexiv aufeinander aufbauenden Subsysteme

1. Wirtschaft (mit dem formellen Medium Geld)
2. Politik (im engeren Sinne der Macht- und Kompetenzenverteilung mit dem formellen Medium Recht)
3. Kultur (mit dem Medium Sprache bzw. der Meta-Sprache Kunst)
4. Grundwerte (mit dem Medium Wertaxiome und Riten)

eigene *parlamentarische Kammern in voneinander unabhängigen und zeitlich versetzten Wahlen* gebildet werden: Jedes Jahr eine Wahl über einen dieser großen Wertbereiche. Bei diesen dürfen nur Einzelkandidaten bzw. Vertreter von bereichsspezifischen *Sachparteien* antreten. Die bisherigen Allzuständigkeitsparteien werden durch ein Wahlgesetz aufgelöst, das die bisherige Kartellbildung von Parteien, die alle Themen übergreifen, verbietet. Zustande kommt auf diese Weise *eine innere Synthese von direkter und parlamentarischer Demokratie*, von Sachbezug und Vertrauensdelegation.

Völlig illusorisch sind Sachabstimmungen über jede einzelne wichtige Frage im Sinn einer *einseitigen* direkten Demokratie. Demokratie beruht keineswegs nur auf dem Mehrheitsprinzip (1.), sondern ebenso auf Vertrauensübergabe, also Delegation (2.), ferner auf der Beratung kompetenter Vertrauensleute (3.), und diese im Unterschied zu bloß punktuell oder gar von Gnaden der Allroundparteien gebildeten Expertengremien (Kommissionen). Eine künftige Demokratie wird ferner (4.) auf der institutionellen Unterscheidung jener großen Werte-Ebenen aufzubauen haben, mit denen es jedes Gemeinwesen und jede Politik zu tun

2005 (Steno). Sie stellt eine Weiterführung der Theorie sozialer Systeme von Talcott Parsons (1901-1979) dar, die durch den Gedanken der systembildenden interpersonalen Reflexion und ihrer Stufen fundiert und korrigiert wurde.

haben. →*Politik als ganze* (also im weiten Sinn, im Unterschied zu dem oben angeführten engeren Politik-Begriff) lässt sich als Wertemanagement verstehen. Sie sollte heute so verstanden werden und nicht als bloßes Machtmanagement. Gesamtnationale Volksabstimmungen, bei denen die Abhängigkeit von den Wortführern stets idealisierend unterschlagen wird und die meist auf einfache Ja-Nein-Alternativen hinauslaufen, könnten bestenfalls zur Durchsetzung der hier angezielten, neuartigen Synthese von parlamentarischer und direkter Demokratie dienen.

Der sehr verbreiteten, pauschalen Kritik am Parlamentarismus sowie dem Ausweichen ins Illusorische einer einseitig direkten Demokratie wird hiermit also ein nach den systemischen (reflexionstheoretisch begründeten) Wertstufen gegliederter, somit ein sprunghaft weiter entwickelter Parlamentarismus entgegengesetzt. Unhaltbar ist die derzeit oft sehr gedankenlos und leichtsinnig vorgenommene Entgegensetzung von *Zivilgesellschaft und Parlament:* Entweder artikuliert sich nämlich die Zivilgesellschaft in den Abgeordneten des Parlamentes selbst – oder man könnte den Parlamentarismus in der Tat vergessen und nur noch als halbstaatliches Rekrutierungs- und Selbstvergewisserungs-, vulgo Abnick-Gremium der Regierungsexekutive verstehen. An dieser Stelle geht es mir nicht um weitere staats- und demokratietheoretische Vertiefung und Begründung – dafür muss auf das genannte Demokratiebuch verweisen werden[5] – noch um die Diskussion der praktischen Einzelheiten auf Bundesebene, sondern einzig um die überragende Bedeutung eines solchen nach Wertstufen gegliederten Parlamentarismus, dementsprechend *eines nach seinen Subsystemen differenzierten Gemeinwesens* für Europa.

[5] Kurzfassungen in Artikelform finden sich auf www.johannesheinrichs.de, auch auf www.info-denkfabrik.de sowie www.netz-vier.de.

Die Vision eines nach den Systemebenen gegliederten Europas

Meine These lautet: Die Unterscheidung der Subsysteme ist nicht allein auf nationaler und regionaler Ebene für den jeweiligen Parlamentarismus und somit für eine weiterentwickelte Demokratie unerlässlich, sondern für die Weiterentwicklung Europas geradezu lebensnotwendig. Ihr Fehlen bildet den unerkannten Kern der nun schon jahrelang manifesten Krise Europas, nicht allein des Euros.

Die meisten der oben angeklungenen Antinomien und Interessengegensätze werden auflösbar bzw. kommen erst dann sachgemäß zur Sprache, wenn unterschieden wird:

1. Europa als Wirtschaftsgemeinschaft
2. Europa als politisch-rechtliche Gemeinschaft
3. Europa als kulturelle Einheit-in-Vielheit
4. Europa als Grundwertegemeinschaft[6]

Auf jeder dieser Ebenen gibt es erhebliche Entscheidungsalternativen, also Freiheitsgrade der Ausgestaltung. Bevor diese erläutert werden, gilt es, den Grundgedanken eines solchen Europas mit verschiedenen „Geschwindigkeiten", schärfer ins Auge zu fassen. Gemeint sind hier nicht geografische Abstufungen des Mitmachens bei europäischen Unternehmungen, sondern vielmehr: *verschiedene Strukturgesetzmäßigkeiten dieser Ebenen von Europa*. Wenn bisher von verschiedenen Geschwindigkeiten in der EU die Rede war, wurden stets regionale, umfangsmäßige Kreise in Betracht gezogen: Einzelne Länder sollten einem engeren Kreis angehören wie derzeit schon die Euroländer, andere einem weiteren Kreis. Dergleichen ist auch bei den folgenden Überlegungen nicht ausgeschlossen.

[6] Die Unterscheidung dieser Subsysteme und deren Begründung sind wesentlicher Teil der Reflexions-Systemtheorie, wie sie in dem schon genannten Buch enthalten ist. Dies gilt für alle Grundbegriffe, die hier nicht erneut ausführlich erläutert werden. Der Akzent soll auf diesmal auf dem praktischen Anwendungsbezug auf europäischer Ebene liegen.

Doch handelt es sich um etwas grundlegend Verschiedenes, wenn hier von verschiedenen Strukturgesetzmäßigkeiten die Rede ist: Diese beziehen sich auf die Sub- oder Teilsysteme Europas, auf die genannten Subsysteme oder, mit diesen gleichbedeutend, Wertstufen: Die wirtschaftliche Einheit Europa *muss* eine ganz andere sein als die politische und die kulturelle, und diese wiederum eine andere als die europäische Grundwertegemeinschaft. Diese Ebenen zu vermischen, führt zu der riesigen Sprach- und Begriffsverwirrung, in der wir uns derzeit befinden. Eine Verwirrung, die von den Mehrheitsmedien erstaunlicherweise nicht weniger gepflegt wird als von den gehetzten und allzu pragmatischen Berufspolitikern. Diese können es nicht besser wissen als die Publizisten und diese nicht besser als die Wissenschaftler, die nicht unter täglichem Entscheidungs- und Konkurrenzdruck für ihr Handeln stehen, sondern allein optimaler Erkenntnis verpflichtet sein sollen.

Wirtschaftsgemeinschaft oder die Doppelbewegung von Europäisierung und Regionalisierung

Die EU hat als Wirtschaftsgemeinschaft begonnen, zuerst mit der Montanunion, dann als EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft), dann als EG. Zwar war es durchaus die erklärte Absicht der Gründergeneration, auch eine gewisse politische Gemeinschaft, vor allem in Sinne des Friedens unter den vorher kriegführenden europäischen Nationen, herzustellen. Doch ging man das Ganze von der Wirtschaft her an. Eine systemtheoretische Unterscheidung der Ebenen Wirtschaft und Politik lag damals noch keinem im Sinne. Heute aber müssen wir bewusst diese, mindestens diese Unterscheidung treffen.

Die bloß duale Unterscheidung von Wirtschaft und Politik reicht allerdings nicht aus. Denn die →*Politik im weiteren Sinn als Gemeinwesenorganisation und -gestaltung* umgreift auch die Wirtschaft, die Wirtschaftspolitik. Dieser weite Politikbegriff umfasst ferner ebenso die Gestaltung der Kultur und die Verwirklichung der Grundwerte wie den *engeren Politikbegriff*, zu dem